

Politik & Gesellschaft

Auszug aus Nr. 20 vom 25. 10. 2013

kritisch • christlich • unabhängig

Publik-Forum



Die Lüge vom Jobwunder

Die neue Regierung muss die zunehmende Kannibalisierung des Arbeitsmarktes beenden. Das kostet wenig, bringt aber viel

Von Wolfgang Kessler

Noch nie gab es so viele Erwerbstätige wie zurzeit, verkündet Bundeskanzlerin Angela Merkel bei jeder Gelegenheit und preist ein deutsches Jobwunder. Dabei ignoriert sie allerdings, dass dieses »Wunder« auf Millionen schlecht bezahlter und ungesicherter Arbeitsplätze beruht.

Dieser Befund wird gerne verschwiegen. Frank-Jürgen Weise, der Präsident der Bundesagentur für Arbeit, braucht lange, bis er auf einer Pressekonferenz mit der Sprache herausrückt: »Die Zuwächse in der Beschäftigung haben wir bei Befristungen, in Teilzeit, bei Minijobs und Leiharbeit.« Dort entstanden im Wesentlichen jene 2,3 Millionen neuer Jobs, von denen im Wahlkampf die Rede war. Und sie gehen mit einer Kannibalisierung der Löhne und Arbeitsbedingungen einher, wie sie Deutschland noch nicht gesehen hat.

Flexible Einräumer im Supermarkt

Zum Beispiel in vielen Büros. Sie sind am frühen Morgen schon gereinigt, wenn die Beschäftigten zu ihrer Arbeit erscheinen. Gereinigt wurden die Büros von Minijobbern, die – wenn sie Glück haben – den verbindlichen Mindestlohn von neun Euro pro Stunde erhalten. Oft genug bekommen sie weniger, ohne dass die Auftraggeber mit Sanktionen rechnen müssen. Denn Minijobber wehren sich nicht.

In Supermärkten bemerken nur aufmerksame Kunden, dass Regale oft von Frauen und Männern eingeräumt werden, die andere T-Shirts tragen als die übrigen Beschäftigten. Kein Wunder, denn es sind Einräumer, die für Löhne unter neun Euro pro Stunde bei einem anderen Arbeitgeber beschäftigt sind. Sie werden jeden Tag von einem Supermarkt zum nächsten gefahren. Für die Supermarktkette und den Arbeitgeber der Einräumer ist das eine »Win-Win-Situation«, weil der eine billige Arbeitskräfte an den anderen »vermietet«. Die Beschäftigten haben nur Nachteile.

In Papenburg kam das Elend des gespaltenen Arbeitsmarktes erst durch eine Katastrophe ans Tageslicht. In einem Wohnheim für 33 Bewohner brach nachts ein Feuer aus. Zwei Bewohner starben, beide aus Rumänien. Dieses Unglück enthüllte die Praxis der Werkvertragsmitarbeiter in der berühmten Meyer-Werft, einem Familienunternehmen: Sie beschäftigt 3100 feste Mitarbeiter. Dazu kommen 290 Leiharbeiter und 1500 Werksvertragsarbeitnehmer. Letztere sind zumeist bei Subunternehmen beschäftigt, die von der Meyer-Werft den guten Lohn für die Beschäftigten kassieren – den Werkvertragsarbeitnehmern selbst zahlt das Subunternehmen allerdings nur acht bis zehn Euro pro Stunde aus.

Leibeigene mit Nullstundenvertrag

Eine neue Art von Arbeitsvertrag lernte Arshad M. in Berlin kennen. Er hatte seine Ausbildung in der Gastronomie abgeschlossen und suchte eine feste Arbeit. Plötzlich hielt er einen Arbeitsvertrag in Händen, der ihn zwar an einen Arbeitgeber band, aber ihm nur dann Lohn (7,01 Euro pro Stunde) garantierte, wenn es Arbeit gab. Die garantierte der Arbeitgeber aber nicht. Arshad M. hatte einen jener Nullstundenverträge, die in Großbritannien gang und gäbe sind. Wie Leibeigene müssen sie ihren Arbeitgebern mehrere Stunden am Tag zur Verfügung stehen. Lohn gibt es nur, wenn diese Arbeit für sie haben.

Rund ein Drittel aller Arbeitsplätze sind inzwischen befristet, völlig unreguliert oder viel schlechter bezahlt als üblich. Fast die Hälfte aller jungen Arbeitnehmer unter dreißig Jahren hat einen befristeten Arbeitsplatz, unabhängig von der Qualifikation. An den Universitäten sind befristete Arbeitsplätze fast schon üblich.

Stark gestiegen ist die Zahl der Leiharbeiter – von 310 000 im Jahre 2002 auf heute 810 000. Sie verdienen weniger als die Stammbesetzung, obwohl sie die gleiche

Arbeit leisten. Von diesen 500 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen sind nur 250 000 wirklich neu. Die anderen haben unbefristete und besser bezahlte Jobs verdrängt, sagt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg.

Von einem Jobwunder werden auch nur die wenigsten der über zehn Millionen prekär Beschäftigten sprechen: Fast 7,2 Millionen ungesicherter Minijobs sind vor allem im Einzelhandel, im Reinigungsgewerbe und in der Gastronomie entstanden – für fünf Millionen Menschen ist dieser Minijob der Hauptjob. Zwei Millionen Beschäftigte arbeiten unfreiwillig Teilzeit. Hinzu kommen zwei Millionen Einzelunternehmer mit einem Durchschnittsverdienst von rund tausend Euro brutto im Monat. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stuft jeden vierten deutschen Beschäftigten als Niedriglöhner ein, weil er weniger als 9,54 Euro pro Stunde erhält. Betroffen sind mehr Menschen in den neuen Bundesländern als in den alten – und mehr Frauen als Männer.

Diese Kannibalisierung der Arbeitswelt ist die Folge politischer Gesetze und des neoliberalen Denkens in der Wirtschaftswissenschaft. Seit den 1980er-Jahren predigt die Mehrheit der Ökonomen, dass das Angebot an Arbeit in dem Maße steigt, in dem der Preis für die Arbeit sinkt. Die Politik, speziell die rot-grünen Hartz-Gesetze,

Wenn die Menschen nicht wissen, wo sie morgen zu welchen Bedingungen arbeiten dürfen, wird eine stabile Lebensplanung mit Partnern und Kindern immer schwieriger

ze, förderte die Flexibilität von Löhnen und Arbeitsbedingungen. Und die liberalchristdemokratische Regierung trug sie mit – nach dem Motto: »Sozial ist, was Arbeit schafft.« Mit dieser Begründung lehnen Wirtschaftsliberale auch Mindestlöhne ab, weil sie angeblich Arbeitsplätze kosten. ►

► In der Praxis ist dies nicht so. Denn Geringverdiener arbeiten zumeist im Dienstleistungsgewerbe, das nicht ins Ausland verlagert werden kann. So stellt Joachim Möller vom *Institut für Arbeits- und Berufsforschung* seit der Einführung eines Mindestlohns von inzwischen 7,44 Euro pro Stunde in Großbritannien »keine negativen Beschäftigungseffekte« fest.

Leben ohne jede Planung

Andererseits verändert die Kannibalisierung der Arbeitsverhältnisse die Gesellschaft. Wissenschaftler an den Universitäten beklagen, dass Grundlagenforschung kaum mehr möglich sei – zu kurzfristig seien die Verträge der Wissenschaftler. Doch die Auswirkungen gehen weit über die Universitäten hinaus: Wenn die Menschen nicht wissen, wo sie morgen zu welchen Bedingungen arbeiten dürfen, wird eine stabile Lebensplanung mit Partnern und Kindern immer schwieriger. Und wer engagiert sich schon dauerhaft in einem örtlichen Verein oder einer Initiative, wenn die Zukunft ungesichert ist? Ganz zu schweigen von den Einnahmeverlusten des Staates und der Sozialversicherungen durch Niedriglöhne und sozialversicherungsfreie Jobs. Zu alledem nimmt noch die Armut im Alter zu, weil Geringverdiener nur geringe Rentenansprüche erwerben. Und wehe, wenn die nächste große Krise kommt – dann droht das fragile Gefüge zusammenzubrechen.

Viele Wissenschaftler sehen den Ausweg in einer Qualifizierungsoffensive. Dies ist nicht falsch, aber unzureichend. Die Lage an den Universitäten und in vielen Büros zeigt, dass die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes längst auch die Qualifizierten betrifft. Deshalb liegt die wichtigste Aufgabe für eine künftige Regierungskoalition in der Regulierung des Arbeitsmarktes: Ein gesetzlicher Mindestlohn, die gleiche Bezahlung von Leiharbeitern und Stammebelegschaft, die Eindämmung sozialversicherungsfreier Jobs und missbräuchlicher Werkverträge würden der Wirtschaft eine bestimmte Flexibilität gewähren, aber die Arbeitsbedingungen humanisieren.

Diese Schritte zu einem humanen Arbeitsmarkt kosten wenig, bringen aber viel: Sozial abgesicherte und besser bezahlte Jobs erhöhen die Steuereinnahmen und füllen die Renten- und Krankenkassen. Ein solider Arbeitsmarkt ist die Basis einer gerechten und stabilen Gesellschaft. Und das Wichtigste: Er gibt prekär Beschäftigten ein wenig Würde zurück, die ihnen der gegenwärtige Arbeitsmarkt versagt. Das wäre ein guter Anfang für die neue Regierung. ■

»Das ist höchst gefährlich«

Prekäre Beschäftigungen: Ihre Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft. Fragen an Betriebsseelsorgerin Ingrid Reidt

Von Wolfgang Kessler

Wie erlebt eine Betriebsseelsorgerin Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen?

Ingrid Reidt: Je prekärer die Erwerbstätigkeit, desto versteckter und zurückgezogener leben diese Menschen. Armutslöhne und flexible Arbeitszeiten auf Abruf strapazieren die Physis und die Psyche. Die permanente Sorge, dass der Lohn am Ende des Monats zum Leben nicht reicht, belastet die Familie in all ihren Lebensbereichen. Ergänzende Sozialleistungen demütigen sie zusätzlich. Da mischen sich Wut, Angst und Ausweglosigkeit. Den Menschen



»Prekäre Beschäftigung ist nichts anderes als modernes Tagelöhnertum« Ingrid Reidt

fehlt die Kraft zu rebellieren. Eine echte Lobby haben sie nicht. Die Frage nach dem Wert ihrer Arbeit oder gar nach ihrer Person stellt sich diesen Menschen schon längst nicht mehr.

Wie verändert prekäre Arbeit den Wert der Arbeit, den die christliche Sozialethik ja sehr hoch bewertet?

Reidt: Aus christlicher Sicht geht es immer um die Wertschätzung und die Würde der Menschen, die die Arbeit verrichten. Der Druck der Kostenminimierung führt zu einer ethischen Entwertung von Arbeit.

Prekäre Beschäftigung führt weder zur Existenzsicherung, noch bietet sie soziale und innerbetriebliche Integration. Das ist nichts anderes als modernes Tagelöhnertum. Ich halte das gesellschaftlich für skandalös und für höchst gefährlich.

Wie können Sie den Menschen helfen?

Reidt: Ein erster Schritt ist, die reale Betroffenheit wahrzunehmen und die Menschen ernst zu nehmen. Das geschieht durch Begegnung, Empathie im Gespräch und konkrete Hilfestellung in Notlagen. Zudem versuchen wir als Kirche gemeinsam mit Arbeitnehmervertretungen und sozialen Institutionen auf die strukturellen Missstände hinzuweisen und die Stimme zu erheben, wo Rechte verletzt werden.

Wie reagiert die Politik, wenn Sie die Stimme für die Benachteiligten erheben?

Reidt: Zwischen Gestörtsein und Dankbarkeit kommt alles vor. Betroffenheit nehme ich durchaus bei den meisten wahr. Im Diskussionsverlauf gewinnen jedoch leider oft Argumente der Wirtschaftlichkeit, des Wettbewerbsdrucks und nicht zuletzt auch das Argument der beschränkten Handlungsmöglichkeit die Oberhand. Es fehlt an Durchsetzungsvermögen und oft auch am politischen Willen. Ich verstehe mich als Mahnerin, als Stachel im Fleisch, auch wenn es oft unbequem ist. Ich will zum Handeln ermutigen und biete meine konkrete Unterstützung und Hilfe an.

Fühlen Sie sich in Ihrer Arbeit durch den neuen Papst ermutigt?

Reidt: Ja, spirituell, theologisch und von der ganzen Art seiner Erscheinung. Ich fühle mich durch ihn in dem unterstützt, was wir vom Ansatz der Betriebsseelsorge und viele andere engagierte Christinnen und Christen im Kleinen schon tun. Mich fasziniert und tröstet sein Mut, andere Wege einzuschlagen. Seine klare Option für die Benachteiligten und seine tiefe spirituelle Grundhaltung sind ein Segen für die Welt und für die Kirche und auch für mich ganz persönlich. Ich bete zu Gott, dass er ihn in seinem Hirtenamt bewahrt und stärkt. ■

Ingrid Reidt, geboren 1972, ist Pastoralreferentin. Sie leitet die Regionalstelle für Arbeitnehmer- und Betriebsseelsorge in Rüsselsheim.